

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Haushalts- und Wirtschaftsführung 2003

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2003

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 14. November 2003

– II A 2 – H 1221 – 9/03 –

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2003.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 3. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2003

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushalts- plan 2003 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
05	Auswärtiges Amt		
05 02	Allgemeine Bewilligungen		
687 12	Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe..... <i>Mehrausgaben für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Irak. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 15. August 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.</i>	40.000	10.000
687 28	Beitrag zum Aufbau eines Deutsch-Tschechischen Informations- und Dokumentationszentrums zur Regionalkooperation..... <i>Weitere Anschubfinanzierung für Aufbau eines Deutsch-Tschechischen Informations- und Dokumentationszentrums zur Regelkooperation (IDOR).</i>	0	150
06	Bundesministerium des Innern		
06 40	Bewilligungen für Spätaussiedler, Deutsche Minderheiten und Vertriebene		
661 41	Zinsverbilligung für Einrichtungsdarlehen an Aussiedler und Übersiedler zur Beschaffung von Möbeln und Hausrat beim erstmaligen Bezug einer ausreichenden Wohnung..... <i>Zinsverbilligungen auf Grund verlangsamter Rückzahlung von ausgereichten Einrichtungsdarlehen an Aus- und Übersiedler. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf der Garantieerklärung des Bundes gegenüber der Deutschen Ausgleichsbank vom 13. Oktober 1976.</i>	60	190
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit		
09 02	Allgemeine Bewilligungen		
683 50	Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen..... <i>Höhere Ausfälle bei Risikobeteiligungen an Technologieunternehmen. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen. Die Rechtsverpflichtungen beruhen auf Verträgen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank.</i>	132.000	44.500
09 12	Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen		
681 01	Arbeitslosenhilfe..... <i>Ungünstige Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen und der Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 363 Absatz 1 SGB III. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 18. September 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.</i>	12.300.000	4.500.000
685 02 apl	Sonderprogramm des Bundes - Arbeit für Langzeitarbeitslose..... <i>Die außerplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Juli 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.</i>	-	65.000
10	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft		
10 02	Allgemeine Bewilligungen		
632 10 apl	Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft - Soziostruktureller Einkommensausgleich..... <i>Soziostruktureller Einkommensausgleich. Die außerplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 4 Abs.1 des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft (LaFG).</i>	-	1
683 06	Zuweisungen nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft..... <i>Nachbewilligungen wegen rechtskräftiger Widerspruchsbescheide und Gerichtsurteile. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 10 Landwirtschafts-Gasölverwendungsgesetz.</i>	0	8

Einzelplan- / Kapitel- / Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushaltsplan 2003 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen		
12 05	Bundesamt für Güterverkehr		
532 01	Einzug der Straßenbenutzungsgebühren für Lastkraftwagen durch Private..... <i>Gestiegene Mehrumsatzvergütung infolge höheren Gebührenaufkommens im Rahmen des Einzugs der zeitbezogenen Straßenbenutzungsgebühr für Lastkraftwagen durch den privaten Systembetreiber. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem ergänzenden Vertrag mit der AGES GbR vom 28. Februar 2002.</i>	47.956	4.775
532 02 apl	Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Straßenkontrolldienstes durch Private..... <i>Leistungsvergabe an private Auftragnehmer für den elektronischen Einzug von Einnahmen infolge der durch den Straßen-/Mautkontrolldienst festgestellten Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen.</i>	-	363
532 11 apl	Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Mautkontrolldienstes durch Private..... <i>Leistungsvergabe an private Auftragnehmer für den elektronischen Einzug von Einnahmen infolge der durch den Straßen-/Mautkontrolldienst festgestellten Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen.</i>	-	603
12 12	Kraffahrt-Bundesamt		
712 02	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten -Sanierung des Hauptgebäudes- <i>Restzahlungen für "Instandsetzung bzw. Austausch der nicht den Anforderungen entsprechenden technischen Infrastruktur (Brandschutz, Heizung, Sanitär) im Gebäude B des Kraffahrt-Bundesamtes" sowie Erhöhung der bereits bewilligten Mittel für die Zahlung aus einer gemäß Urteil des LG Kiel vom 2. April 2003 entschiedenen Vertragsstreitigkeit im Zusammenhang mit Arbeiten am Gebäude A.</i>	0	26
12 17	Luftfahrt		
698 03 apl	Beteiligung des Bundes an einem Entschädigungsfonds für die Opfer des Flugzeugunglückes über dem Bodenseegebiet am 01. Juli 2002..... <i>Erhöhung der bereits bewilligten Mittel für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Haftungspool (Skyjiude AG, Schweizerische Eidgenossenschaft) von 10 Millionen US-Dollar zur Regulierung der Schadensersatzansprüche aus dem Flugzeugunglück bei Überlingen auf Grund von Währungsschwankungen.</i>	-	400
12 25	Wohnungswesen und Städtebau		
622 01	Zuweisungen zur Verbilligung von Zinskosten für den in den Erläuterungen genannten Personenkreis <i>Zinszuschüsse. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Zinsanpassungsgesetz vom 12. Juni 1991.</i>	0	7
14	Bundesministerium der Verteidigung		
14 03	Kommandobehörden, Truppen, Sozialversicherungsbeiträge und Fürsorgemaßnahmen für Soldatinnen und Soldaten		
525 41	Aus- und Fortbildung..... <i>Die überplanmäßige Ausgabe ist zur Begleichung der von den USA abgerufenen Außenstände für die "Foreign Military-Auslandsausbildung (FMS)" der Bundeswehr in den USA erforderlich. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf Foreign Military Sales-Verträgen. Die überplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. September 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.</i>	43.740	17.000
15	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung		
15 02	Allgemeine Bewilligungen		
636 02	Erstattung der Aufwendungen für Leistungen der Krankenkassen an Aussiedler..... <i>Steigende Aufwendungen der Krankenkassen für die Behandlung von Aussiedlern infolge der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes zum 1. Januar 2001. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf § 11 Abs. VI des Bundesvertriebenengesetzes.</i>	5.113	788
15 11	Robert Koch - Institut		
539 99	Vermischte Verwaltungsausgaben..... <i>Erstellung der Entscheidungsunterlage-Bau für die Gesamtunterbringung des Robert Koch-Instituts in Berlin.</i>	169	1.617

Einzelplan- / Kapitel- / Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushaltsplan 2003 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**17 04 Bundesamt für den Zivildienst**

671 04	Erstattung von Verwaltungskosten an Verbände, denen Aufgaben übertragen sind .. <i>Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf Umsatzsteuermachforderungen auf Grund von Betriebsprüfungen bei den Vertragsnehmern.</i>	12.992	75
--------	---	--------	----

2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen

Einzelplan- / Kapitel- / Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung	Ansatz laut Haushaltsplan 2003 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen T€
1	2	3	4

06 Bundesministerium des Innern**06 25 Bundesgrenzschutz**

518 01 apl	Mieten und Pachten	-	1.745
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2004 bis zu: 175 T€ im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 175 T€ im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 175 T€ in künftigen Haushaltsjahren: 1.220 T€		

Kurzfristig abzuschließender Mietvertrag mit 10-jähriger Mietzeitbindung für die Unterbringung der Bundesgrenzschutzinspektion Bremen.

09 Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit**09 12 Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und gleichartige Leistungen**

685 02 apl	Sonderprogramm des Bundes - Arbeit für Langzeitarbeitslose.....	-	150.000
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2004 bis zu: 150.000 T€		

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Juli 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.

12 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**12 05 Bundesamt für Güterverkehr**

532 02 apl	Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Straßenkontrolldienstes durch Private.....	-	1.200
	Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig: im Haushaltsjahr 2004 bis zu: 195 T€ im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 195 T€ im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 195 T€ im Haushaltsjahr 2007 bis zu: 195 T€ Folgejahre : 420 T€		

Leistungsvergabe an private Auftragnehmer für den elektronischen Einzug von Einnahmen infolge der durch den Straßen- / Mautkontrolldienst festgestellten Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen.

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung	Ansatz laut Haushalts- plan 2003 T€	bewilligte über-/außer- planmäßige Verpflichtungs- ermächtigungen T€
1	2	3	4

12 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**12 05 Bundesamt für Güterverkehr**

532 11 apl Ausgaben für Online-Abwicklung von Einzahlungen im Rahmen des Mautkontrolldienstes durch Private..... - 4.390

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:
im Haushaltsjahr 2004 bis zu: 773 T€
im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 773 T€
im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 773 T€
im Haushaltsjahr 2007 bis zu: 773 T€
Folgejahre : 1.298 T€

Leistungsvergabe an private Auftragnehmer für den elektronischen Einzug von Einnahmen infolge der durch den Straßen- / Mautkontrolldienst festgestellten Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen.

15 Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung**15 01 Bundesministerium**

518 01 apl Mieten und Pachten - 9.933

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:
im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 1.987 T€
im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 3.973 T€
im Haushaltsjahr 2007 bis zu: 3.973 T€

Verlängerung des Mietvertrages für die Liegenschaft "Am Probsthof" zur Unterbringung des BMGS.

15 07 Bundesversicherungsamt

518 01 apl Mieten und Pachten - 76.068

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:
im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 4.036 T€
im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 4.036 T€
im Haushaltsjahr 2007 bis zu: 4.163 T€
im Haushaltsjahr 2008 bis zu: 4.163 T€
im Haushaltsjahr 2009 bis zu: 4.163 T€
Folgejahre : 55.507 T€

*Abschluss eines Mietvertrages für die Liegenschaft "Friedrich-Ebert-Allee 38-40, 53111 Bonn" zur Unterbringung des Bundesversicherungsamtes.
Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 26. Juni 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.*

23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**23 02 Allgemeine Bewilligungen**

518 61 apl Mieten und Pachten - 68.046

Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:
im Haushaltsjahr 2005 bis zu: 2.754 T€
im Haushaltsjahr 2006 bis zu: 3.672 T€
im Haushaltsjahr 2007 bis zu: 3.792 T€
im Haushaltsjahr 2008 bis zu: 3.792 T€
im Haushaltsjahr 2009 bis zu: 3.792 T€
Folgejahre : 50.244 T€

*Abschluss eines Mietvertrages für die Liegenschaft "Friedrich-Ebert-Allee 38-40, 53111 Bonn" zur Unterbringung der institutionell geförderten "Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH -InWEnt".
Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 25. Juni 2003 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.*

